

Konflikt Israel-Palästina:

Für die Achtung des internationalen Rechts, für den Stopp von Straflosigkeit und Unrechtmässigkeit und für die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für ein gegenseitiges Verständnis zwischen dem Volk Israels und Palästinas eintreten

Positionspapier der SP-Fraktion vom 15. Juni 2010

Die SP erinnert an die Unerlässlichkeit, das Völkerrecht zu achten. Die Achtung des Völkerrechts – ein zentrales Anliegen der Schweizer Aussenpolitik – bürgt für Frieden. Sowohl die Zweistaatenlösung, die auf den UNO-Resolutionen 242 und 338 aufbaut, als auch die internationale Anerkennung der Grenzen Israels beruhen auf dieser Grundlage¹. Diese Grundlage kann nur im Einverständnis der betroffenen Völker und ihrer demokratisch gewählten VertreterInnen verändert werden, damit beide Staaten sicher und lebensfähig sind. Auch das Rückkehrrecht muss anerkannt werden; dabei soll dessen konkrete Umsetzung auf einer Verhandlungslösung beruhen, wie sie etwa die Genfer Initiative vorgeschlagen hat.

Die SP bekräftigt die Notwendigkeit, dass sich alle Konfliktparteien an das humanitäre Recht halten. Die Achtung des humanitären Rechts ist Grundlage für den Schutz der Zivilbevölkerung und den Fortbestand des Friedenswillens. Alle Angriffe und Massnahmen gegen die Zivilbevölkerung sind unannehmbar, von welcher Seite sie auch immer ergriffen werden: die Blockierung des Gazastreifens, die Siedlungen in den besetzten Gebieten oder die militärischen Angriffe und weiteren Aktionen, welche bewaffnete Gruppen gegen die Zivilbevölkerung richten.

Die SP fordert die sofortige Aufhebung der Blockade von Gaza. Die israelische Regierung hat den Gazastreifen einer vollständigen Blockade unterworfen. Gemäss dem Goldstone-Bericht weisen die Lebensbedingungen im Gazastreifen auf die Absicht hin, die Bevölkerung von Gaza sei kollektiv zu bestrafen, was gegen das internationale humanitäre Recht verstösst². Wie die Vereinigung der internationalen Entwicklungsorganisationen AIDA seit 2007 feststellt, verstärkt Israel die Grenzblockade fortlaufend, was Landwirtschaft und Fischerei schrittweise zum Erliegen brachte und das ganze ökonomische Netz des Gazastreifens zerstört³. Das UN-Entwicklungsprogramm UNDP schätzt in seinem Bericht vom Mai 2010, dass 82,5% der Schulen noch immer Ruinen sind, 75% des bebaubaren Landes nicht nutzbar ist und 60% der Privatunternehmen ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen konnten. Über 527 Millionen Dollar sind nötig, um wiederaufzubauen, was die Armee zerstört hat⁴.

Die SP bekräftigt die Forderung, die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten sofort zu stoppen. Die Fortsetzung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten – durch die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Errichtung neuer Wohnungen in den Siedler-Kolonien – bildet einen schweren Verstoss gegen das internationale humanitäre Recht. Dahinter steht eine Strategie der vollendeten Tatsachen. Dies ist eines der entscheidenden Elemente, welche die Verhandlungen zum Stillstand gebracht haben⁵.

Die SP fordert Israel auf, die Errichtung der Trennmauer zu stoppen. Indem Israel auf palästinensischem Gebiet eine Sperranlage errichtet und damit de facto palästinensisches Territorium annektiert, verletzt es internationales Recht⁶. Ungeachtet dessen fährt Israel unbeirrt mit dem Bau fort.

¹ Betreffe dies nun die Grenzen des israelisch-arabischen Waffenstillstandes von 1949 oder jene, die vor dem Sechstagekrieg von 1967 bestanden.

² Report of the United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict to the Human Rights Council, 29. September 2009 ("Goldstone-Bericht"), <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/12session/A-HRC-12-48.pdf>

³ <http://www.un.org/apps/newsFr/storyF.asp?NewsID=22011&Cr=Gaza&Cr1=>

⁴ <http://www.undp.ps/en/newsroom/publications/pdf/other/gazaoneyear.pdf>

⁵ Die Ankündigung vom 9. März 2010, während des Besuchs des US-Vizepräsidenten in Israel, in Ostjerusalem eine weitere Siedlung von 1 600 Wohnungen zu errichten, bestätigt den Willen der israelischen Regierung, die Siedlungspolitik nicht stoppen zu wollen – dies selbst um den Preis einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Israel und den USA.

⁶ Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 19. Dezember 2003 : www.icj-cij.org/docket/files/131/1526.pdf

Die SP fordert den sofortigen Stopp aller Angriffe gegen die israelische Zivilbevölkerung. Die verschiedenen bewaffneten Gruppen der Palästinenser müssen ihre Angriffe gegen die israelische Zivilbevölkerung sofort stoppen. Sie lassen sich nicht rechtfertigen. Die Hamas trägt die Verantwortung für jene aus dem Gazastreifen, weil sie die totale Kontrolle über dieses Territorium ausübt.

Die SP fordert ein Ende der Straflosigkeit und die Verfolgung aller Kriegsverbrechen, die vor, während und nach dem Gazakrieg begangen worden sind. Laut dem Goldstone-Bericht⁷, dem die UNO-Generalversammlung am 5. November 2009 zustimmte, verstiesse sowohl israelische Streitkräfte als auch bewaffnete palästinensische Gruppen im Gazakrieg (2008–2009) gegen das Kriegsvölkerrecht. Zudem legt der Bericht nahe, dass es auch zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit gekommen sein könnte und verurteilt Verstösse beider Seiten. Der Krieg forderte zwischen 1387 und 1417 palästinensische Opfer, worunter die grosse Mehrheit zivile. Vier israelische Zivilisten und 13 Soldaten kamen um und weitere vier durch "freundliches Feuer". Der Bericht brachte zudem absichtliche Angriffe der israelischen Armee gegen zivile Ziele – etwa gegen den Palästinensischen Legislativrat – ans Tageslicht. Der Bericht offenbarte auch eine Anzahl konkreter Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts, welche der palästinensischen Hamas-Bewegung im Gaza-Streifen zuzuschreiben sind. Seit 2001 haben bewaffnete palästinensische Gruppen rund 8 000 Raketen und Mörsergranaten auf den Süden Israels mit überwiegend zivilen Zielen abgeschossen. Seit dem 18. Juni 2008 haben Raketen von bewaffneten palästinensischen Gruppen aus Gaza in Israel drei Zivile getötet und zwei Zivile in Gaza. Über 1000 israelische Zivile wurden durch Raketen- und Mörserangriffe verletzt, wovon 918 während den israelischen Operationen in Gaza.⁸ Die UNO hat die israelische Regierung und die Palästinenser aufgerufen, angemessene Massnahmen zu ergreifen, um unabhängige, glaubwürdige und mit den internationalen Standards vereinbare Untersuchungen über die Verletzungen des internationalen Rechts und das Völkerrecht durchzuführen, auf welche der Goldstone-Bericht hingewiesen hat. Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) hat die Menschenrechtsverletzungen scharf verurteilt, welche die palästinensischen Sicherheitskräfte und Gruppen (Fatah/Hamas) begangen haben.⁹

Die SP bekräftigt ihre Unterstützung, eine internationale und unabhängige Untersuchungskommission über die Umstände einzurichten, wie israelische Einheiten die Schiffe der humanitären Flotte untersucht haben, welche die Gaza-Blockade durchbrechen sollte. Dabei es gab mehrere Tote.

Die SP lädt alle politischen Kräfte in Palästina ein, sich für die nationale Versöhnung einzusetzen. Die nationale palästinensische Versöhnung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen des Friedensprozesses. Die Fatah und die Hamas müssen ihre Verantwortung unter Beweis stellen und alle Schritte in Richtung Versöhnung positiv aufgreifen, namentlich auch jene der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

Die SP begrüsst die Stimmen in Israel, in Palästina, in den USA und in Europa einschliesslich der Schweiz, die zu einem gegenseitigen Verständnis des israelischen und palästinensischen Volkes und zur Stärkung der Friedensstimmen beitragen und sich von jenen distanzieren, welche die Konfrontation suchen. Sowohl in den USA als auch in Europa verfolgen starke pro-israelische Lobbys (AIPAC in den USA, CRIF in Frankreich usw.) eine unbedingte Unterstützungsstrategie für jegliche israelische Regierung. Es gibt aber auch andere Kräfte. In den letzten Jahren haben sich immer mehr jüdische Gruppen der Besatzung widersetzt, die Politik der militärischen Angriffe durch Israel offen kritisiert und versucht, mit gleichgerichteten palästinensischen Bewegungen Allianzen für den Frieden aufzubauen. In der Schweiz kann die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina erwähnt werden, in den USA und Israel die Jewish

⁷ Goldstone-Bericht (wie Fussnote 2).

⁸ Goldstone-Bericht (wie Fussnote 2).

⁹ http://www.pchrgaza.org/portal/en/index.php?option=com_content&view=article&id=6718:pchr-publishes-its-annual-report-for-the-year-2009-&catid=37:pchrnews-&Itemid=30

Voice for Peace, American Jews for a Just Peace, Jews Against the Occupation, Boycott from Within, New Profile, Women in Black, Btselem, Zochrot, Physicians for Human Rights und viele andere. J. Street in den USA und JCall in Europa geben dieser Bewegung ebenfalls eine Stimme.

Die SP fordert vom Bundesrat seine Verpflichtung wahrzunehmen, für die Einhaltung des humanitären internationalen Rechts und der Menschenrechte durch Israel, durch die palästinensische Behörde und durch die palästinensischen Gruppen einzutreten. In seinem Gutachten über die Sperranlage stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) fest, dass alle Mitgliedstaaten der Genfer Konventionen rechtlich verpflichtet sind, für die Achtung des internationalen humanitären Rechts und namentlich der IV. Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung zu einzutreten. Es ist zu begrüssen, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in dringenden Notlagen regelmässig dazu aufruft, das Völkerrecht einzuhalten. Der Bundesrat muss aber insgesamt aktiver werden, um die vom IGH angemahnten Drittparteien-Verpflichtungen umzusetzen, statt – wie heute – dauernd die Beziehungen der Schweiz zu Israel zu vertiefen.

Die SP lädt den Bundesrat ein, so bald als möglich die Vertragsparteien der IV. Genfer Konvention einzuberufen. Die UNO-Generalversammlung empfahl der Schweizer Regierung in ihrer Eigenschaft als Depositär der Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten mit ihrer Resolution 64/10¹⁰, in der sie dem Goldstone-Bericht zustimmte, so bald als möglich das Notwendige vorzukehren, damit erneut eine Konferenz der Hohen Vertragsparteien der IV. Genfer Konvention einberufen wird, um Massnahmen zur Durchsetzung und Achtung der Konvention in den besetzten palästinensischen Territorien einschliesslich Ost-Jerusalem zu ergreifen, wie dies der erste Artikel vorsieht. Bisher hat die Schweiz einen Sonderbotschafter ernannt. Der Bundesrat wird ermutigt voranzuschreiten und nicht dem Druck jener zu erliegen, die keine solche Konferenz abhalten wollen, besonders nach der blutigen Kaperung der humanitären Flotte vom 31. Mai 2010, welche die Blockade des Gazastreifens durchbrechen wollte.

Die SP bekräftigt ihre Forderung, sofort jede militärische Zusammenarbeit und jeden Kriegsmaterialhandel mit sämtlichen Staaten der Nahostregion einzustellen. Namentlich fordert sie den Widerruf des Treffens von Bundesrat Ueli Maurer mit dem israelischen Verteidigungsminister, das im Oktober 2010 stattfinden soll. Obschon Israel seit über 60 Jahren mit den Palästinensern im Konflikt ist, hat die Schweiz militärisch immer mit Israel zusammengearbeitet und Handel mit Kriegsmaterial betrieben – dies mit Ausnahme der gewalttätigsten Phasen der zweiten Intifada zwischen 2002 und 2005. Der VBS-Vorsteher will sich im Oktober 2010 nach Israel begeben und sich mit dem israelischen Verteidigungsminister treffen – ein unannehmbares Zeichen zur Legitimation der israelischen Kriegspolitik.

Die SP fordert vom Bundesrat, das Freihandelsabkommen mit Israel so lange zu suspendieren, als dieser Staat die Anwendung des Freihandelsabkommens der Schweiz mit der palästinensischen Behörde verhindert. Die Schweiz unterhält mit Israel seit 1993 ein Freihandelsabkommen der EFTA. Ein gleiches Abkommen unterhält die Schweiz seit 1999 mit der palästinensischen Behörde. Während die Waren aus Israel und den Siedlungen nach der Schweiz ausgeführt werden können, hindert Israel die Ausfuhr der Waren aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Trotz dieser Verhinderungspolitik gegenüber einem internationalen Handelsvertrag und trotz den Protesten der palästinensischen Behörde wurde Israel der Beitritt zur OECD gewährt, ohne dass die Schweiz Opposition gemacht hätte.

Die SP unterstützt den gezielten Boykott von Waren und Dienstleistungen aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und jener Unternehmen – ob israelisch oder nicht – welche an der Umsetzung dieser Politik mitwirken. Die palästinensische Zivilgesellschaft hat sich entschieden, zum Boykott, zur Desinvestition und zu Sanktionen gegen Israel aufzurufen, um die israelische Regierung dazu zu bringen, das humanitäre Recht zu achten, der Siedlungs- und

¹⁰ <http://daccess-ods.un.org/TMP/6512345.html>

Besatzungspolitik ein Ende zu setzen, die Sperranlage abzubauen und das Rückkehrrecht der Flüchtlinge anzuerkennen¹¹. Die Kampagne wird von Bewegungen in Israel und in der jüdischen Diaspora ebenso unterstützt wie von 150 palästinensischen Organisationen (Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Kulturvereinigungen, Flüchtlingsorganisationen usw.)¹² Verschiedene europäische Städte haben Verträge mit internationalen Unternehmen aufgelöst, welche in die Umsetzung der Siedlungspolitik verwickelt sind¹³. Weitere Aktionen tragen zur Kampagne bei¹⁴. Auch auf kulturellem Gebiet erhält die Bewegung Umriss. Im Mai 2010 sagten Santana und Elvis Costello ihre Konzerte in Israel ab.

Die SP bekräftigt ihre Forderung an den Bundesrat, auch in der Schweiz Initiativen zu unterstützen, die sich **gegen alle Formen der Hass- und Gewalthetze**, namentlich gegen Antisemitismus und Antiislamismus, wenden und die für den Dialog zwischen den Kulturen eintreten, damit die Gewalt- eskalation im Nahen Osten sich nicht negativ auf das Zusammenleben der Kulturen in unserem Land auswirkt.

¹¹ <http://www.bdsmovement.net/?q=node/126>

¹² <http://www.bdsmovement.net/?q=node/52>

¹³ Namentlich Veolia.

¹⁴ Eine Mehrheit von StudentenvertreterInnen der Universitäten von Berkeley in Kalifornien hat sich in diese Richtung ausgesprochen. Zwei grosse italienische Supermarkt-Ketten haben sich entschieden, keine israelischen Früchte mehr zu verkaufen. Schwedische Hafenarbeiter haben sich während einer Woche geweigert, Schiffe mit israelischer Flagge zu entladen.